

# Fuldaer Zeitung

Gegründet 1874

Ausgabe vom 23. Juli 2011

## KOLUMNE

### Schuldenstaaten haben sich nur etwas Luft erkauf

Der Euro und Griechenland sind wieder einmal gerettet. Das haben uns die Politiker und Berichtersteller vorgestern aus Brüssel gemeldet. Und alle haben ihr Gesicht gewahrt. Die Franzosen und die Deutschen und die unsoliden Südländer und die sparsamen Nordlichter, sie alle können ihren Wählern erzählen, dass sie sich durchgesetzt haben. Bei der jeweils nationalen Lobhudelei für die eigenen Regierungschefs fallen die Details der Rettung nicht mehr so auf. Und da dem staunenden Wahlvolk die Milliarden nur so um die Ohren fliegen, hat es längst kapituliert, noch verstehen zu wollen, was da beschlossen wurde. Hier ist mein Erklärungsversuch.

Also: Die Banken und Versicherungen sind jetzt zu einem freiwilligen Verzicht auf Forderungen gegenüber Griechenland verpflichtet worden. Oder deutlicher:

Sie müssen eine obligatorische Freiwilligkeit eingehen. Da leider noch niemand weiß, was das ist, bleibt auch die Höhe der Zwangsfreiwilligkeit unbekannt. Am ersten Tag schwankten die Zahlen zwischen 17 bis 130 Milliarden Euro. Naja, nachdem soviel geschafft ist, wird diese Lücke auch noch geschlossen. Aber der Franzose Sarkozy kann für sich reklamieren,

dass es den Banken keine Pflichtbeiträge abverlangt werden, was ihm zu Hause großes Lob einbringt, und die deutsche Kanzlerin Merkel wird dafür bewundert, dass es ihr gegen alle Widerstände gelungen ist, den privaten Sektor zu beteiligen. Das haben alle Kommentatoren ihr groß angerechnet. Also war die Konferenz für sie ein voller Erfolg.

Worin liegt nun das Opfer der Banken und der Versicherungen? Nachdem sie sich geradezu schwindlig an den griechischen Staatsanleihen verdient haben, müssen sie jetzt einen Teil ihrer hochverzinslichen Anleihen bei dem europäischen Rettungsfonds umtauschen gegen Anleihen mit niedrigen Zinsen und längerer Laufzeit umtauschen. Das heißt: Sie können erhoffte spekulative Gewinne nicht mehr erzielen. Welch ein Opfer. Zusätzlich haben sie aber die Garantie, dass in Zukunft nicht mehr die griechische Notenbank für dies Schulden bürgt, sondern der euro-

päische Steuerzahler. Das beruhigt vielleicht die Märkte, aber mich macht das eher nervös.

Betrachten wir das Brüsseler Ergebnis doch einmal aus der Brille des slowakischen Finanzministers Ivan Miklos. Sein Land ist ärmer als Griechenland. Das Pro-Kopf-Einkommen beträgt 23 000 Dollar gegenüber 27 000 Dollar in Griechenland. Aber während die Griechen mit 130 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts verschuldet sind, haben die Slowaken nur eine Verschuldung von 42 Prozent (Deutschland rund 80 Prozent) Die Slowaken haben vor gut zehn Jahren ihrem Land eine Rosskur zugemutet. Brutal die Subventionen heruntergefahren, einfache, aber niedrige Steuersätze eingeführt (19 Prozent auf jede Einkommensart), haben ähnlich wie Neuseeland in ihrem Land eine Marktwirtschaft eingeführt, die diesen Namen verdient. Und seither geht es bergauf. Und jetzt soll die Slowakei die Schulden der großzügigen Verschwender mitbezahlen? Ja, in Brüssel haben sich die Schuldenstaaten Europas Luft erkauf, indem sie die Schulden neu umverteilt haben. Griechenland hat weniger Druck, Deutschland dafür mehr Risiken. Italien hat Zeit gewonnen, die Niederlande und Finnland mehr

#### GÜNTER EDERER



Lasten. Die Gesamtschulden sind mehr geworden, die Verantwortung verwässert. Die Bürger Europas aber versicherter.

Das Hauptproblem, das zu dieser Dauerkrise geführt hat aber wird nicht beseitigt. Das „Geschäftsmodell Wohlfahrtsstaat“ ist pleite! Mit immer neuen Milliarden wurde und wird den Europäern vor den Wahlen ein Wohlstand vorgegaukelt, der sie zwar vorübergehend ruhigstellt, der aber nicht real ist. Jetzt werden die Rechnungen präsentiert, und keiner will bezahlen. Auch der verwöhnte Wähler nicht. Also wird das Geschäftsmodell umgepackt – und mit einem Rettungsschirm aus neuen Staatsschulden überspannt. Beim nächsten Regen aber werden wir wieder nass – denn noch geben alle Staaten, die jetzt kurz vor der Pleite stehen und die, die dafür bürgen, mehr aus, als sie haben. Deutschland macht da keine Ausnahme, ob die Währung nun DM oder Euro heißt.